

HEINZ SCHÄFER

PDS: Profilschärfung unerlässlich, Beachtung der West-Positionen auch

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein vom 20. Februar 2005 muss – wenn die PDS 2006 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen will – dazu führen, dass durch die PDS ein politischer Ruck geht. Die Stimmenverluste in Schleswig-Holstein gegenüber der Landtagswahl vor fünf Jahren sind dramatisch.

In Flensburg ging der Stimmenanteil von 1,6 auf 0,8 Prozent zurück, in Schleswig von 1,0 auf 0,5 Prozent, in Eckernförde von 1,1 auf 0,6 Prozent, in Rendsburg von 1,1 auf 0,7 Prozent, in Neumünster von 1,5 auf 0,9 Prozent, in Kiel von 2,5 auf 1,5 Prozent und in Lübeck von 2,0 auf 1,6 Prozent. Im Landesdurchschnitt ist ein Rückgang von 1,4 Prozent auf 0,8 Prozent zu verzeichnen – also um knapp 43 Prozent.¹

PDS-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow erklärte dazu: »Der Politik von Rot-Grün in Land und Bund wurde von den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein ein heftiger Schuss vor den Bug gesetzt. Die eigene Mehrheit ging verloren, die SPD setzte die Folge herber Stimmenverluste fort und auch die grünen Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel. (...) Umso wichtiger ist es, dass die PDS weiter an ihrer Profilierung als soziale Alternative arbeitet. Das Ergebnis der PDS Schleswig-Holstein bei den Landtagswahlen zeigt noch einmal in aller Deutlichkeit, dass eine breite kommunalpolitische Verankerung entscheidende Voraussetzung ist, damit die PDS auch landespolitisch im Westen Fuß fassen kann. Die PDS Schleswig-Holstein hat unterstützt von der PDS aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern einen engagierten aufopferungsvollen Wahlkampf geführt, stand aber unter komplizierten wahlrechtlichen, medialen und personellen Bedingungen vor zu hohen Hürden.«²

Bodo Ramelow beantwortete damit noch nicht, wie er die dramatischen Verluste der PDS bewertet. Aber die PDS wird nicht darum herum kommen, diese Frage zu beantworten. Vor allem muss sie sich damit beschäftigen, ob das Ergebnis voraussehbar war und welche Schlussfolgerungen gezogen werden müssen.

Ich meine, dass das Ergebnis nach dem Potsdamer Parteitag im Oktober 2004 befürchtet werden musste. Welchen Inhalt hatte der in Potsdam mit großer Mehrheit angenommene Leitantrag?

Hasenfüßigkeit und Angst vor der eigenen Courage

Meiner Meinung nach enthält dieser Leitantrag keine klare Analyse der heutigen Situation, und weil das so ist, bleibt er auch in den Alternativen undeutlich. Wäre es nicht doch nützlich gewesen, aus dem

Heinz Schäfer – Jg. 1927; Dr. oec., Mitglied des Ältestenrates der PDS, Mitglied des Vorstandes des DGB-Kreises Darmstadt-Dieburg, Mitglied des DGB-Landesessenorenausschusses Hessen; 1948-1950 Verwaltungsanwärter bei der Stadt Darmstadt, 1950 Berufsverbot; nach Studium an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität 1953-1969 Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, 1969-1975 Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt a. M., 1975-1989 Redakteur der Zeitschrift »Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Frankfurt a. M., 1947-1990 Mitglied der KPD und DKP, seit 1994 Mitglied der PDS, 1995-2004 Mitglied des Parteirats der PDS.

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2005.

2 Pressedienst PDS, Berlin, Nr. 8, 25. Februar 2005.

3 Antrag L 2 von Arne-Norman Brix (Berlin) u. a., in: PDS-Delegierteninformation für die 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS am 30./31. Oktober 2004 in Potsdam, S. 24-29; www.sozialisten.de/partei/parteitag/0901

4 Die Positionen von Renate Bastian entstammen einem Mailwechsel zwischen ihr und dem Autor vom 14. Oktober 2004; sie sind auch enthalten im Entwurf eines Diskussionsbeitrages, den Renate Bastian dann auf dem Parteitag in Potsdam aus Zeitgründen nicht halten konnte.

alternativen Leitantrag, der in seiner Gesamtheit nicht meine Zustimmung findet, einige Passagen in den analytischen Teil des dann beschlossenen Leitantrages »herüber zu holen«? Im alternativen Leitantrag finden sich so zutreffende Formulierungen wie: »Der Kapitalismus verliert jede Scheu, sein Wesen zu offenbaren. Dreh- und Angelpunkt ist die schamlose Jagd nach Maximalprofit. Ausbeutung wird immer unverschämter betrieben, und im Profitinteresse Kriege zu führen ist wieder zum »normalen« Mittel der Politik geworden. (...) Unser Ziel entbindet uns nicht von der Pflicht, hier und heute für ein menschenwürdiges Dasein einzutreten. (...) Wenn wir von Umbruch, Umbau oder Veränderungen reden, so meinen wir genau das Gegenteil dessen, was die Apologeten des Kapitals darunter verstehen, wenn sie diese Begriffe benutzen.«³

Vielleicht könnte der PDS ja ein Artikel von Heiner Geißler helfen. In der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 11. November 2004 stellte Geißler die Frage: »Wo bleibt Euer Aufschrei?« Er fordert, »dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört. (...) Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globalisierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist – ohne Regeln, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze »private Sektor« unreguliert agieren können.« Er träumt von einer Alternative: einer »internationale(n) sozial-ökologische(n) Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb«.

Ich sehe in der PDS im Konkreten viel Hasenfüßigkeit, viel Angst vor der eigenen Courage. Ich halte es mit der Delegierten Renate Bastian, die feststellte, dass ihr »eine stringente und vielleicht auch aggressive Darstellung des gegenwärtigen Umbruchs in der Bundesrepublik« fehlt. Es werde davon gesprochen, dass von den Herrschenden »der sozialstaatliche Konsens aufgegeben« werde, was aber tatsächlich passiert, sei, dass diese Republik »grundsätzlich gewendet« wird. Ich frage mich in diesem Sinne: Wenn in »Bild« vom 5. November 2004 BDI-Präsident Michael Rogowski fordern konnte: »Brecht die Allmacht der Gewerkschaften«, warum kann die PDS nicht fordern: »Brecht die Allmacht der Unternehmerverbände«? Renate Bastian kritisierte weiter: »Zu schwammig wird immer wieder von »den Menschen« gesprochen, denen es »besser gehen« soll. Wer ist unsere Klientel? Wir müssen sie vielleicht nicht alle aufzählen, sollten uns aber selbst darüber im Klaren sein. (...) Der Leitantrag macht im allgemeinen Teil den Eindruck, als wolle er niemandem weh tun, vor allem nicht sich selbst. Es »tümelt« zu viel.«⁴

Wer das Ergebnis des Potsdamer Parteitages mit einem gewissen Abstand wertet, muss feststellen, dass keine Signale nach außen drangen, die eine Grundlage für den Wiedereinzug in den Bundestag bilden könnten. Da ging es der PDS vor dem Parteitag schon einmal besser.

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky stellte in seiner Rede fest: »Die PDS ist bundesweit als Partei der sozialen Frage wieder erkennbar. Genau an dieser Stelle müssen wir weitermachen. Sozial – mit aller Kraft!«⁵ Wer wollte ihm hier nicht zustimmen?

Aber genau hier ist die Erkennbarkeit sehr undeutlich und sind die aufgestellten Forderungen meist sehr zurückhaltend oder gar ängstlich. Die Kritik an der Regierung ist viel zu zaghaft, um auch außerhalb der Partei wahrgenommen zu werden. Warum wurde nicht festgestellt, dass es noch keine Bundesregierung gab, die den Interessen des großen Kapitals so willfährig folgte wie die Regierung Schröder? Das Großkapital ist daher mit dieser Regierung höchst zufrieden. Natürlich würde eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung noch weiter gehen wollen, aber sie könnte es wohl nicht, weil ihr der geballte Widerstand dies nicht erlauben würde. So aber erweist sich bis in die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen hinein der sozialdemokratische Transmissionsriemen als außerordentlich effektiv.

Rentenkonzept ohne West-Positionen

Lothar Bisky verwies unter anderem auf ein »hart gerechnetes Rentenmodell« der PDS, auf Eckpunkte einer Bürgerversicherung sowie auf ein Steuerkonzept. Dies allerdings sind aus meiner Sicht Kopfgeburten, die in Arbeitskreisen ausgedacht wurden, aber die Vorschläge und Kritiken, die seit vielen Jahren in Anträgen an Parteitage enthalten waren, weitgehend unbeachtet ließen, in der Partei nicht diskutiert wurden und Grundfragen der unterentwickelten innerparteilichen Demokratie aufwerfen.

Wo bleibt – zum Beispiel – in der Rentenpolitik die Forderung nach einer Kappungsgrenze oder nach der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, nach einem einheitlichen sozialen Fonds – alles Dinge, die in Anträgen an Parteitage gefordert bzw. auf hessischen Landesparteitagen beschlossen wurden? Wo bleibt der Protest gegen die Enteignung der Rentner, denen jahrelang die Rentenerhöhung unter anderem durch den Nachhaltigkeitsfaktor verweigert wird? Wo bleibt der Protest gegen die schamlose Bereicherung der Abgeordneten in Bund und Ländern? In Hessen, das hier Spitze ist, betragen die Ruhegehälter für Abgeordnete schon nach 6 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag 1 800 Euro und steigen mit jedem weiteren Mandatsjahr um 2,75 Prozent auf bis zu 4 657 Euro im Monat. Sie werden schon mit Vollendung des 55. Lebensjahres bezahlt. Ein Durchschnittsrentner müsste für diese Summe mehr als 300 Jahre gearbeitet haben.

Warum konnte sich die PDS nicht durchringen, in den Leit Antrag die Forderung nach einer neuen Verteilung aufzunehmen? Warum musste unbedingt die Forderung nach einem »Verteilungskompromiss« aufgenommen werden, der doch den Geist der Sozialpartnerschaft rechter Sozialdemokraten durchschimmern lässt? Natürlich werden konkrete Auseinandersetzungen letztlich mit einem Kompromiss enden, aber erst zum Schluss. Wer den Kompromiss an den Anfang einer Auseinandersetzung stellt und nicht den unvermeidlichen Kampf, wird letzten Endes immer mit einem faulen Kompromiss abgesspeist werden, denn über die Qualität eines Kompromisses

5 Lothar Bisky: Die Aufgaben der PDS bis 2006, Rede auf der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS, Potsdam, 30. Oktober 2004; www.sozialisten.de/partei/parteitag/0901/reden

entscheidet immer das Kräfteverhältnis der Kämpfenden oder aber auch das der Nichtkämpfenden.

Warum musste in den Leitantrag einfließen, dass die Unternehmer wieder ihrer sozialen Verantwortung nachkommen sollen, wo sie dies aus eigener Kraft niemals taten, sondern immer zu sozialen Zuständnissen nur durch real vorhandene Gegenkräfte gezwungen werden mussten?

Warum müssen wir unbedingt in der Rentenpolitik dem Äquivalenzprinzip huldigen und Krämerseelen gleich nur dem eine Mindestrente zubilligen wollen, der mindestens 30 Jahre eingezahlt und dabei 15 Rentenpunkte erworben hat? Warum wird nur eine Mindestrente, nicht aber eine Höchstrente angedacht, wie sie beispielsweise die IG BAU zur Diskussion stellte?

Und warum wird zu Recht ein Mindestlohn gefordert – aber keine Deckelung nach oben?

Halten wir fest: Der (Partei-)Osten äußert sich zu Rentenfragen, zu Steuerfragen, zu Wirtschaftsfragen, da werden Ausschüsse gebildet, zusammengesetzt aus Genossinnen und Genossen aus den neuen Bundesländern – und es wird so getan, als ob die Genossinnen und Genossen im Westen den Kapitalismus mehr als fünfzig Jahre nur im Schläfe erlebt hätten. Die Ergebnisse dieser Ausschüsse und Kommissionen werden popularisiert, sie werden sogar als die Positionen der Partei ausgegeben, aber in der Partei wird darüber nicht diskutiert. Und mehr noch: Forderungen, die im Westen auf vielen Parteitagen erhoben werden – so zu Rentenfragen, zur Energiepolitik, zu Wirtschaftsfragen – werden einfach ignoriert.

Die Überheblichkeit, die sich hier zeigt, kann nicht übersehen werden und lässt Zweifel aufkommen, ob tatsächlich eine gesamtdeutsche Partei ins Auge gefasst wird. Einige Funktionsträger werden auch nicht darum herumkommen, die Frage zu beantworten, ob der eine oder andere durch langjährige Einbindung in gut dotierte Landtagsfunktionen materiell nicht schon sozial so weit abgesichert ist, dass er nicht mehr daran denkt, über seinen unmittelbaren Bereich hinaus Einfluss zu gewinnen.

»Rostocker Manifest« als reines Ost-Dokument

Was in der Sozialpolitik mit Händen greifbar ist zeigt sich auch in der Wirtschaftspolitik. Wo wurden in der Partei jemals das »Rostocker Manifest«, auf das auch Lothar Bisky wiederum verwies, nachdem er es schon vor sechs Jahren über den grünen Klee gelobt hatte, sowie das Innovationsprojekt »Herausforderung 80« diskutiert? Ich verweise auf die ausführliche Kritik am »Rostocker Manifest« vor fast sechs Jahren zum Berliner Parteitag.⁶

Es sollte festgestellt werden, dass das »Rostocker Manifest« kein Dokument der Partei ist, sondern lediglich die Meinungsäußerung von 18 Genossinnen und Genossen. Es sollte daher Bestandteil eines in der Partei stattfindenden Meinungsbildungsprozesses sein und über die komplizierte Problematik ein intensiver Diskussionsprozess eingeleitet werden. Zum Dresdner Parteitag wurde nachgehakt und auf die Entscheidung des Parteivorstandes vom 12. April 1999 verwiesen,⁷ mit der das »Rostocker Manifest« in den Rang »beschlossener programmatischer Aussagen« gehoben wurde. Der Kreisver-

6 Vgl. Antrag VI./1.-3.9. zur 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS, Berlin, 15./16. Januar 1999.

7 Vgl. Antrag L.1.12 zur 2. Tagung des 7. Parteitages der PDS, Dresden, 6./7. Oktober 2001.

band Darmstadt-Odenwald stellte damals fest: »Die Grundaussage des Rostocker Manifests, dass es möglich sei, sich der Weltmarktkonkurrenz zu entziehen und eine moderne Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung, einem hohen Anteil innovativer Produkte und daher einem hohen Forschungs- und Entwicklungsstand vorwiegend durch kleine und mittlere Unternehmen, die nicht in einem Konzernverbund eingebunden sind oder auf andere Art und Weise vernetzt sind, zu realisieren, ist lebensfremd.« Es wurde zusammengefasst: »Ohne die Bildung von wirtschaftlichen Kernen, die Herausbildung von Innovations- und Kompetenzzentren (Cluster), ohne große Unternehmen als Impulsgeber für die regionale Entwicklung haben auch kleine und mittlere Unternehmen keine dauerhafte Perspektive. Das erfordert allerdings, dass die öffentliche Hand dazu die ordnenden Rahmenbedingungen schafft.« Diese Meinung wurde einfach ignoriert, und es wurde nicht einmal die Diskussion mit den Kritikern gesucht.

Steuerkonzept mit Geburtsfehlern

Auch in der Steuerpolitik besteht Diskussionsbedarf, besonders aber hinsichtlich des von den Landtagsfraktionen der PDS ausgearbeiteten Steuerkonzepts. Die Steuerpolitik wird vor den Bundestagswahlen eines der entscheidenden politischen Schwerpunktthemen sein. Ohne höhere Steuereinnahmen gibt es kein modernes Bildungssystem, können die Länder und Kommunen nicht von der finanziellen Garotte befreit werden, die ihnen der Bund anlegte. Auch kann die enorm hohe Staatsverschuldung, die inzwischen 1,5 Billionen Euro erreicht hat, jede Sekunde um 2 660 Euro anwächst und dabei den Superreichen die Taschen füllt, ohne höhere Steuereinnahmen nicht gesenkt werden.

Es wird daher für den Erfolg der PDS wesentlich sein, wie sie Position zu Gunsten der abhängig Beschäftigten beziehen wird. Jürgen Borchert, Richter am Landessozialgericht Hessen, kommt zu dem Ergebnis, dass die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent »den Reichsten der Reichen pro Kopf gerechnet ein Tausendfaches der Einkommenszuwächse beschert, die den Habenichtsen am unteren Ende der Einkommensskala durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 25,9 auf 15 Prozent zuteil wird.« Er verweist darauf, dass der Anteil der Verbrauchssteuern – also der indirekten Steuern – schon jetzt bei 52 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Hände liegt. Diese Steuerart wirke aber ähnlich regressiv wie die Sozialabgaben, »weil der Verbrauchsanteil beim Einkommen um so höher wird, je niedriger die Einkommen und je größer die Haushalte sind«.⁸ Und da gibt es aus den Reihen der SPD, so von Frau Simonis, Vorschläge, die Mehrwertsteuer auf 20 Prozent zu erhöhen. Das Ergebnis wäre, dass Sozialhilfeempfänger einen höheren Teil ihres Einkommens versteuern müssten als die Millionäre, die fleißig absetzen können.

Am 30. September 2004, zwei Tage, nachdem Lothar Bisky das PDS-Steuerkonzept »Umsteuern« vorgestellt hatte, diskutierten wir im Kreisverband Darmstadt-Odenwald über das neue Steuerkonzept. Wir konnten nicht nachvollziehen, dass hier, so Lothar Bisky, »ein mutiges Steuerkonzept« erarbeitet worden sei. Hier die wesentlichen Kritikpunkte:

8 Jürgen Borchert, Dieter Eissel: Bürgerversicherung jetzt. Gegen den marktradikalen Kahlschlag in der Sozialpolitik. Band 1 der Schriftenreihe »Hintergründe und Meinungen zur Gesellschaft« des DGB-Bildungswerk Hessen e. V., März 2004, S. 98 und 100.

Es ist etwas geschehen, was einer linken Partei nicht passieren darf: Es werden die Interessen der Klientel, die wir zu vertreten haben, negativ berührt. Dies trifft insbesondere auf solche Punkte zu wie »die Streichung von Vergünstigungen wie Ehegattensplitting, Sparerfreibetrag, Eigenheimzulage oder Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit«. Dies darf auch dann nicht geschehen, wenn an anderer Stelle Verbesserungen in Erwägung gezogen werden, die allerdings bei dem heutigen Kräfteverhältnis schwerlich zu realisieren sind.

Und weiter: Es wird zwar in der Sozialpolitik die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze gefordert, aber es findet sich kein Wort mehr zu der in ihrer »Agenda sozial« von der PDS erhobenen Forderung, diese Beitragsbemessungsgrenze perspektivisch vollständig aufzuheben.

Es wird dann darauf aufmerksam gemacht, dass Millionen Rentner bisher keine Steuererklärung benötigten. Wenn es nun nach der PDS ginge, entfiere der Zinsfreibetrag, Zinsen würden bei den Banken mit dem Spitzensteuersatz belegt, und nun muss jeder eine Steuererklärung aufgeben, wenn er die einbehaltenen Zinsen zurückbekommen will.

Michael Schlecht, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Gewerkschaft Ver.di, hat das Steuerkonzept der Landtagsfraktionen der PDS kritisch unter die Lupe genommen.⁹ Es sind vor allem zwei Punkte, die mit unserer Kritik übereinstimmen: »Die PDS will die Streichung der Steuerfreiheit für Schichtzuschläge – wegen der angeblichen Steuervereinfachung. Die gilt ebenso für die vorgesehene Streichung der Eigenheimzulage und weiterer Sonderregelungen für normale Beschäftigte. (...) Auch wenn die Absenkung des PDS-Tarifes in den meisten Fällen den Fortfall der Steuerfreiheit bei Schichtzuschlägen überkompensiert, es bleibt eine relative Benachteiligung von Krankenschwestern, Feuerwehrleuten und vielen anderen. Betroffen werden Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftliche Arbeit verrichten zu Zeiten, in denen die meisten von uns Freizeit haben oder schlafen. Bei Zeitungsdruckern mit ständiger Nachtarbeit dürfte es zum Teil sogar zu einer absoluten Schlechterstellung kommen.« Und: »Auch an anderen Stellen ist das PDS-Konzept unausgegoren. So soll bei der Zinsbesteuerung der Freibetrag entfallen. Damit müsste jeder Kleinsparer mit 100 oder 200 Euro Zinsertrag im Jahr dies in seiner Steuererklärung einbringen. Wenn auf der einen Seite das Hohelied der Steuervereinfachung gesungen wird, so wird hier ein erheblicher zusätzlicher bürokratischer Aufwand betrieben.«

Die finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen haben auf dem Potsdamer Parteitag das von ihnen erarbeitete Konzept an einem Infostand als »das neue Steuerkonzept der PDS« vorgestellt,¹⁰ und es wurde auch eine Broschüre mit dem Inhalt verteilt. Angelika Gramkow, Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, verwies zwar auf »großen Diskussionsbedarf«, konnte allerdings registrieren, dass die Grundprämissen des Steuerkonzepts »im Leittrag akzeptiert worden« sind und sieht »keine Veranlassung, von den Grundsätzen des Steuerkonzepts abzuweichen.« Ob auf die geäußerte Kritik aus den Gewerkschaften eingegangen werde, »müs-

9 Vgl. Neues Deutschland, 23./24. Oktober 2004.

10 Vgl. Neues Deutschland, 3. November 2004.

sen wir sehen«. Fast ein viertel Jahr später verteidigte sie immer noch die Forderung nach Wegfall der Steuerfreiheit von Schicht-, Nacht- und Feiertagszuschlägen und musste sich von Michael Schlecht sagen lassen, dass er nicht verstehe, wie die PDS »ohne Not« eine solche Streichung erwägen könne.¹¹

Kann die PDS heute für Lohnabhängige Verschlechterungen vorschlagen, die auch von der Gegenseite in Erwägung gezogen werden? Und wo sie doch zugleich weiß, dass die als »Kompensation« angestrebten Verbesserungen heute schwerlich zu realisieren sind? Ist es da nicht vielmehr Aufgabe der PDS, solche in der Vergangenheit durchgesetzten Verbesserungen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen?

Es sei daran erinnert: Auf dem Schweriner Parteitag wurde schon einmal gefordert, den Zinsfreibetrag zu halbieren,¹² und die damalige CDU/CSU/FDP-Regierung hat dies dann nicht viel später auch realisiert. Wie sehen wir aus, wenn wir es sind, die Ideen liefern, die darauf hinauslaufen, die Lebenslage der abhängig Beschäftigten zu verschlechtern oder zu erschweren? Aber die Landtagsfraktionen halten unbeirrt an ihrem fragwürdigen Konstrukt fest. Andreas Schuster, Mitarbeiter für Haushalt und Finanzen bei der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag und einer der Autoren des von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz herausgegebenen Steuerkonzepts, spricht im Februar 2005 von »dem Steuerkonzept der PDS«, obwohl es in der Partei überhaupt noch nicht diskutiert wurde.¹³

Die Verfasser des Konzepts haben – so sehe ich das – einen Wessenzug linker Politik nicht verstanden: dass keine soziale Verbesserung zu irgendeinem Zeitpunkt aufgegeben werden darf, ohne dass nicht zugleich der erreichte Zustand verbessert wird. Was hat die Steuerexperten der Landtagsfraktionen im Osten geritten, dass sie, wie Schuster schreibt, trotz aller Kritik dabei bleiben: »Alle Zinsen sollen künftig an der Quelle, also beim Kreditinstitut mit 50 Prozent besteuert werden. Den Sparerfreibetrag soll es nicht mehr geben.« Für wie dumm werden Mitglieder und Wähler gehalten, wenn ihnen versprochen wird, dass unter einer PDS-Bundesregierung eine Verordnung erlassen werden könnte, »in der geregelt wird, dass für Zinsen unter 20 Euro keine Quellensteuer einbehalten wird. Dies wäre aber kein Freibetrag.« Was ist aber störend an einem Freibetrag, der einmal für Alleinstehende 6000 DM und für Verheiratete 12000 DM betrug und jetzt halbiert wurde?

Sehen wir uns den Eiertanz um die Besteuerung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge an. Hier schlagen die Landtagsfraktionen vor, die bisherige Steuerfreiheit zu beseitigen, da die erzielten Einkünfte offensichtlich keine »wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begründen« würden. Es wäre nicht uninteressant, wenn sich die Autoren des Steuerkonzepts der Landtagsfraktionen der PDS mit den Vorschlägen der »Solidarischen Einfachsteuer« (SES) bekannt machen würden, die von der IG Metall, von Ver.di und von Attac getragen werden. Auch sie wollen Vergünstigungen und Ausnahmen abbauen. Da aber der Wegfall der Steuervergünstigungen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit faktisch viele Kleinverdiener trüfe, hält die SES »an der heutigen Praxis fest und macht statt dessen Schluss mit den Privilegien für Immobilien- und Kapitalbesitzer«.¹⁴

11 Vgl. Neues Deutschland, 28. Januar 2005.

12 Gemeint ist die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, Schwerin, 17.-19. Januar 1999.

13 Vgl. Andreas Schuster: Wie soll mehr Geld in die Kassen kommen? Zum Umgang mit dem Steuerkonzept der PDS, in: Disput, Berlin, Heft 2/2005.

14 Vgl. Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2005.

Den Finanzpolitikern der PDS-Landtagsfraktionen ist offenbar noch nicht aufgegangen, dass diejenigen, die zu Arbeitszeiten arbeiten müssen, die für den Einzelnen eine besondere Belastung darstellen, begünstigt werden müssen.

Eine Partei, die sich dazu hergibt, Errungenschaften ihrer Klientel zu beseitigen und gut gemeinte Kritik wie die von Michael Schlecht einfach ignoriert, macht, denke ich, keine sozialistische Politik. Die PDS sollte beherzigen: Modelle, die sich im praktischen politischen Leben nicht bewähren können, taugen nichts.

Wie antworten wir auf die zunehmende Steuerflucht der Unternehmer? Müssen wir nicht Vorstellungen entwickeln, die es den Unternehmern erschweren, sich durch Verlegung ihres Sitzes der Steuerzahlung in diesem Land zu entziehen? Ist die in Kalifornien praktizierte *unitary tax* (Einheitssteuer), wie sie vor mehr als 10 Jahren auf einem Gewerkschaftstag der IG Metall von der Verwaltungsstelle Weilheim vorgestellt wurde, eine Möglichkeit hier entgegenzuwirken? Ich denke, ja. Auch die im Finanzministerium entwickelten Vorstellungen, in den europäischen Ländern die addierten Gewinne aller Tochtergesellschaften nach der Wertschöpfung auf die Länder aufzuteilen und dort zu versteuern – also eine Art europäischer *unitary tax* – sollte geprüft werden.

Wollen wir nur eine Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von heute 42 Prozent auf die alte Höhe, oder wollen wir nicht auch die 95 Prozent zur Diskussion stellen (1949-1953: 95 Prozent; 1954: 80 Prozent; 1955: 56 Prozent; und unter der Regierung Schröder von 53 auf 42 Prozent), die zu Beginn der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik erhoben wurden? Natürlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass es in absehbarer Zeit einen Spitzensteuersatz von 95 Prozent geben wird, aber es wäre schon wichtig zu verdeutlichen, was es in diesem Land und unter diesem Grundgesetz bereits gegeben hat. Die angepeilten 50 Prozent jedenfalls sind ebenso wie die 47 Prozent der Wahlalternative viel zu niedrig angesetzt, um die Steuermehreinnahmen zu erreichen, die für die Durchsetzung einer alternativen Politik erforderlich sind.

Wir müssen noch viel diskutieren. Aber Hände weg von einem Steuerkonzept, das darauf hinauslaufen würde, Rechtfertigungen zu liefern für eine Beseitigung von Vergünstigungen, die den Regierungen in Jahrzehnten abgerungen werden mussten.

Kommunistische Plattform ohne Biss

Wer allerdings darauf gewartet hat, dass die sich als Linke verstehende Kommunistische Plattform konkrete Akzente zu wesentlichen Fragen der Politik setzen könnte, muss ebenso enttäuscht sein wie von wesentlichen Teilen des Potsdamer Leitanspruchs.

Im »Neuen Deutschland« wurde am 1. und 2. November 2004 in Berichten über den Potsdamer Parteitag festgestellt, dass der Verlauf des Parteitages den »Eindruck einer schwachen Linken« vermittelte und »die PDS-Linke, das ist ein bleibender Eindruck von Potsdam, festgefahren ist. Sie reagiert, statt zu agieren. Kann sie sich nur noch aufraffen, wenn die Partei wieder mal in einer Krise steckt? (...) Die Position der Kritiker ist defensiv, sie sind gut bei der scharfen Anklage herrschender Zustände – aber dann?«

Ja, was dann? Am 27. Januar 2005 wurde eine Erklärung »Verpflichtungen, Möglichkeiten, Grenzen – Überlegungen wider die Resignation« veröffentlicht.¹⁵ Aber siehe da: Auch in der elf Seiten umfassenden Stellungnahme wird keine Antwort gegeben, wie die Politik zukünftig gestaltet werden soll. Da wird zwar viel von grundlegenden Positionen gesprochen, aber zur konkreten Politik ist nichts zu finden: weder zur Sozialpolitik noch zur Tarifpolitik oder zur Steuerpolitik. Da werden zwar wieder, wie schon in der Vergangenheit, kräftige Hiebe ausgeteilt. Da war der außerordentliche Parteitag vom Juni 2003 ein »Putschparteitag«, da wurde auf dem Potsdamer Parteitag die alte Statutenkommission »faktisch weggeputscht«, da wird der PDS, die in zwei Landesregierungen Verantwortung trägt, unterstellt, dass sie den neoliberalen Kurs »mit zu verantworten hat bzw. ihn aktiv umsetzt«. Die Kommunistische Plattform meint, dass jede Auseinandersetzung um das Thema Regierungsbeteiligung zugleich »eine um die Spielräume für Sozialisten im Kapitalismus« sei und »daher das Grundproblem der Bewertung des Kapitalismus« tangiere.

Große Worte. Wie aber ist es denn mit der Bewertung von der Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen? Wird geglaubt, dass, wie in Regierungsbeteiligungen, bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis und dem Zustand der Gegenkräfte gegen das Kapital, mehr herausgeholt werden könne als Verschlechterungen zu minimieren?

Fazit: Viele Worte, wenig Inhalt. Denjenigen, die sich mit dem Nimbus der Marxisten umgeben, hätte etwas mehr an Marxischem Gedankengut gut angestanden.

Wir sehen: Weder mit Halbheiten und Inkonsequenzen im Potsdamer Leitantrag noch mit linkem Wortgeprassel der Kommunistischen Plattform wird die PDS wieder in den Bundestag kommen. Konkrete Politik ist gefragt, die schon hier und heute von den Wählerinnen und Wählern als vernünftig angesehen wird, die bei gutem Willen finanzierbar und bei entsprechenden Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft auch zu verwirklichen wären.

15 Vgl. Mitteilungen der KPF, Berlin, Nr 2/2005.

Zur Diskussion um die PDS in »UTOPIE kreativ« siehe zuletzt: André Brie: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004, in: Heft 170 (Dezember 2004), S. 1079-1087; Gesine Löttsch: Zukunft konkreter Politik, in: Ebenda, S. 1088-1095; Christine Ostrowski: PDS und Bürgernähe, in: Ebenda, S. 1096-1105; Claudia Gohde: Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS, in: Ebenda, S. 1106-1113; Wolfram Adolphi: PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. Skizzen zu ihrer Geschichte, in: Heft 172 (Februar 2005), S. 113-125; Rolf Reissig: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, in: Ebenda, S. 126-134; Klaus Höpcke: Drei Programme – eine Partei?, in: Heft 173 (März 2005); und Florian Weis: Die PDS in den westlichen Bundesländern. Anmerkungen zu keiner Erfolgsgeschichte, in: Ebenda, S. 257-265